

Inhalt der Sitzung vom 14.03.2005

TOP Ö 1 Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 14.02.2005 gefassten Beschlusses

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung am 14.02.2005 der Festanstellung eines Gemeindearbeiters sein Einvernehmen erteilte.

TOP Ö 2-5 Bauanträge

Mit einstimmigem Votum abgelehnt wurde der Befreiungsantrag zur Errichtung eines Pavillons auf dem Grundstück Flst.Nr. 4327, Max-Reger-Str. 26.

Mehrheitlich entsprochen werden konnte hingegen dem Antrag auf Befreiung beim Kenntnissgabeverfahren zum Neubau eines Wohnhauses mit Einliegerwohnung und Doppelgarage auf dem Grundstück Flst.Nr. 4790, Keesgrieb 14.

Einstimmig befürwortet wurde zudem die Bauvoranfrage zum Neubau eines Zweifamilienwohnhauses mit Tiefgarage auf dem Grundstück Flst.Nr. 3695, Ringstr. 3.

Mehrheitliche Ablehnung erfuhr schließlich der Antrag zur Umnutzung der Hof- und Garagenfläche auf dem Grundstück Flst.Nr. 204/6, Waldpfad 47, für einen Landschafts- und Gartenbaubetrieb sowie einen Hofladen.

TOP Ö 6 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 sowie den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Gemeindewasserver-sorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2005

Bürgermeister Huckele nannte eingangs als positiven Aspekt des diesjährigen Haushalts die eingeplante Schuldentilgung, aufgrund derer der Schuldenstand auf dann unter 5 Mio. Euro (4.935 TE) sinkt. Eine neuerliche Kreditaufnahme ist nicht erforderlich. Auf die allgemeine Finanzlage in Bund, Ländern und Gemeinden eingehend, zeichne sich ein düsteres Bild. Seit mehreren Jahren fehle es an einem nennenswerten Wirtschaftswachstum. Die Konjunktur wird fast ausschließlich vom Export bestimmt. Die Binnennachfrage stagniert oder ist rückläufig. Mit der negativen Wirtschaftslage einhergehen sinkende Steuereinnahmen, die sich auch in geringeren Einkommensteuer- und Umsatzsteueranteilen auf die Kommunen niederschlagen. Hinzu komme die hohe Arbeitslosigkeit. Zwischenzeitlich leisten über 5 Mio. Menschen keine Beiträge, sondern beziehen Transferleistungen aus öffentlichen Geldern. Einnahmen in größerem Umfang (er nannte hier den Erlös des Bundes für die UMTS-Lizenzen i.H.v. ca. 50 Milliarden Euro) schlagen sich nicht in erhöhten Zuweisungen an die Gemeinden nieder. Auf die geplante Gemeindefinanzreform eingehend, attestierte Bürgermeister Huckele den verantwortlichen Stellen eine schlechte Note. Die zurückliegend vollmundig angekündigten Reformen blieben in den Ansätzen stecken bzw. haben sich auf die Diskussion über eine mögliche Reform der Gewerbesteuer reduziert. Im Gegenzug werden den Gemeinden immer neue Aufgaben zugewiesen, deren Finanzierung jedoch keineswegs in ausreichendem Maße gesichert ist. Als Beispiel hierfür nannte er das, im Dezember des vergangenen Jahres beschlossene Tagesbetreuungsausbaugesetz, mit dem insbesondere ein Ausbau der Betreuung für Kinder unter 3 Jahren umgesetzt werden soll. Ist hier primär der Kreis in der Pflicht, bis zum Jahr 2010 entsprechende bedarfsgerechte Angebote zu schaffen, soll auch diese Aufgabe (analog dem

Kindergartenwesen) auf die Kommunen delegiert werden, wobei die Frage der Finanzierung noch im Raume steht. Auf die Kreisfinanzen eingehend, nannte Bürgermeister Huckele beispielhaft die immensen Ausgaben im Sozialbereich mit 185 Mio. Euro, die u.a. dazu beigetragen haben, dass die Kreisumlage neuerlich erhöht werden musste. Für die Gemeinde Plankstadt im vergangenen Jahr ein Ausgabeposten i.H.v. 2,004 Mio. Euro. Zu diesen fremdbestimmten Faktoren kommt die negative Entwicklung der Kommunalfinanzen – und hier insbesondere der Gewerbesteuererinnahmen. Wie Bürgermeister Huckele informierte, sanken diese von noch 6,024 Mio Euro im Jahr 1999 auf aktuell nur noch 810 TEuro. Bedingt ist dieser Einbruch im Wesentlichen durch die rückläufigen Zahlen des größten Plankstadter Unternehmens, dessen Veranlagungen kontinuierlich nach unten angepasst werden mussten. Als man in der Klausursitzung des Gemeinderats am 05.12.03 einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen bzgl. des Haushalts 2004 diskutierte, hoffte man hierdurch insbesondere auch für das Jahr 2005 einen ausgeglichenen Planentwurf zu ermöglichen. In der kürzlichen Klausursitzung am 24.01.05 war dann jedoch eine neuerliche Beratung über einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich, um zumindest die sich darstellende negative Zuführung auf nunmehr 1,096 Mio. Euro zu reduzieren. Nicht unerwähnt ließ Bürgermeister Huckele auch die Tatsache, dass in den Haushalt 2005 1,777 Mio. Euro (d.h. 85,6% der Einnahmen des Vermögenshaushalts) aus Vermögenserlösen eingeplant sind. Im Ergebnis bleibe festzuhalten, dass der vorliegende Planentwurf keinerlei gestalterische Spielräume eröffnet und der kommunale Haushalt nur noch als Mangelverwaltung bezeichnet werden kann. Erfreulicher gestalte sich der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb „Gemeindewasserversorgung“, der mit einem voraussichtlichen Gewinn von 35 TEuro schließt. Zum 01.01.2005 wurde hier der Wasserpreis von 1,00 Euro auf 1,25 Euro erhöht. Die sich zunächst darstellende Steigerungsrate von 25% ist jedoch insofern zu relativieren, als der Wasserpreis zurückliegend gesenkt werden konnte und man die Erhöhung insofern von einem anderen Basiswert errechnen müsste.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) verwies darauf, dass sich die schlechte Finanzlage nunmehr bereits seit dem Jahr 2003 wie ein roter Faden durch den kommunalen Haushalt zieht. Habe man zunächst geglaubt, die Talsohle sei erreicht, sieht man sich mit immer neuen Problemen konfrontiert. Lösungen für diese Misere sind jedoch nicht in Sicht. Hier mahnte sie u.a. an, dass der bundes- und landespolitisch dringend erforderliche „Reformzug nicht ins Rollen kommt“. Diesbezügliche Versuche bleiben oftmals in den Ansätzen stecken. Eine konkrete Richtung ist nicht erkennbar. Insbesondere von einer dringend erforderlichen, grundlegenden Gemeindefinanzreform sei man weit entfernt. Leidtragende sind einmal mehr die Städte und Gemeinden. Auch für die Bürger erschien ihr der „Verschiebepfahnen“ zwischen Bund, Land und Kommunen ärgerlich und nicht mehr nachvollziehbar. Als letztes Glied in der Kette sind die Gemeinden zum Ausgleich deren Haushalte gezwungen, einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen umzusetzen, die für die Bürgerinnen und Bürger oftmals mit nicht unerheblichen Belastungen verbunden sind. So auch in Plankstadt, wo man im Rahmen der zurückliegenden Klausursitzungen entsprechende Beschlüsse herbeiführen musste. Dennoch hegte Gemeinderätin Schuster die Hoffnung, dass sich für die kommenden Jahre ein Aufwärtstrend abzeichnet. Entsprechende Ansätze hierfür seien, wenn auch nur bedingt, in der Finanzplanung für die Jahre 2006-2008 erkennbar. Als wichtig bezeichnete sie die Einhaltung des Konnexitätsprinzips, d.h. des Grundsatzes „Wer bestellt muss auch bezahlen“. Bereiche, wo dies nicht zutrefte seien vielfach zu nennen, verwies u. a. auch sie auf das neu gefasste Tagesbetreuungsbaugesetz. Die Inanspruchnahme der Bürger in Form von Steuern und Beiträgen sei notwendig und richtig. Dies jedoch nur in einem angemessenen Umfang, den sie bei Abführen der hälftigen Einkünfte als überschritten ansah. Die Ursachen für die allgemein vorherrschende Finanzkrise sah Gemeinderätin Schuster in der lahrenden Konjunktur sowie dem Rückgang der Steuerkraft. Bezogen auf die Gemeinde Plankstadt bedeute dies massive Einbrüche bei den haushaltsrelevanten Umlagen, die auch durch die bereits ergriffenen Sparmaßnahmen nicht aufgefangen werden können. Vielmehr sei man zur Deckung des Haushalts auf den Verkauf von Grundvermögen angewiesen. Dies dürfe so nicht zur Normalität werden. Um den Gemeindehaushalt langfristig zu sanieren, bedarf es aus ihrer

Sicht, einer Konzentration auf die Pflichtaufgaben bei gleichzeitiger, maßvoller Einschränkung der Freiwilligkeitsleistungen. Als weiteren Punkt nannte sie die Steigerung der Kostendeckungsgrade, die z.B. in Bezug auf das Friedhofswesen noch ein Thema sein werden. Zur Erfüllung der notwendigen Pflicht-, aber auch in gewissem Umfang Freiwilligkeitsaufgaben, seien für die Zukunft ggf. auch andere Finanzierungsformen in Betracht zu ziehen. Hier nannte sie u. a. die Möglichkeit des Public-Private-Partnership (PPP). Den Ratskollegen dankte sie für den weitgehend fraktionsübergreifenden Konsens bei den zurückliegenden Haushaltsberatungen, ohne den die zu bewältigenden Aufgaben nicht geschultert werden könnten. Dem Haushalt 2005, wie auch dem Wirtschaftsplan 2005 der Gemeindewasserversorgung, erteilte sie in Folge die Zustimmung der CDU-Fraktion. Hinsichtlich der Erhöhung des Wasserpreises verwies auch sie auf die zurückliegende Gebührensenkung, weshalb die nunmehrige Anpassung zu relativieren sei.

Gemeinderat Franz Streck (PL) stellte fest, dass sich die kommunale Finanzlage im Jahr 2004 nochmals drastisch zugespitzt hat. Als Ursache hierfür nannte er insbesondere die Einbrüche bei der Gewerbesteuer. Um dem Abwärtstrend der Gemeindefinanzen entgegenzusteuern, habe man im Rahmen der zurückliegenden Klausursitzung am 24.01.2005 notwendige Konsolidierungsmaßnahmen beraten. Hierbei verblieb nur ein begrenzter Spielraum, den es jedoch auszuschöpfen galt. Auf die, im Haushalt 2005 eingeplanten Grundstückserlöse verweisend machte er deutlich, dass die Kommune hier bereits mit Geld arbeitet, das sie nicht hat. Hierzu bestehe jedoch in Anbetracht der sich darstellenden Finanzmisere keine Alternative. Dass diese Probleme nicht hausgemacht sind beweist, so Gemeinderat Streck, die Tatsache, dass der weit überwiegende Teil aller Gemeinden, als auch Land und Bund in gleicher Weise agieren. Für Investitionen zur Steigerung der Konjunktur verbleibt in den kommunalen Haushalten keinerlei Spielraum. Im Ergebnis bleibe dem Rat keine andere Wahl, als dem vorliegenden Haushalt sein Einvernehmen zu erteilen. Gleiches gelte für den Wirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) machte deutlich, dass die Kommunen weder auf bundes- noch auf landespolitische Entscheidungen Einfluss nehmen können und insofern gezwungen sind, sich mit den darstellenden Gegebenheiten zu arrangieren. Den kommunalen Haushalt verglich er mit einem Einkaufswagen, den man zunächst mit allerlei Waren füllt, um anschließend festzustellen, dass hierfür das Geld nicht ausreicht. Es gilt demnach Prioritäten zu setzen, d.h. man muss zwischen den unbedingt notwendigen Dingen (Pflichtaufgaben der Gemeinde) und den annehmlischen Gütern (Freiwilligkeitsleistungen der Gemeinde) differenzieren. Da man auf den „Grundbedarf“ nicht verzichten kann, bleibe demnach nur, die weniger wichtigen Artikel zu reduzieren, was man im Rahmen der zurückliegenden Klausursitzung am 24.01.05 und den hierin beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen getan hat. Derartige Maßnahmen können jedoch nicht pauschal getroffen werden, sondern bedürfen einer genauen Prüfung, da auch die Freiwilligkeitsleistungen einer Kommune einen gewichtigen Stellenwert haben, der die Attraktivität der Gemeinde ausmacht. Fakt ist, so Gemeinderat Schneider, dass Plankstadt definitiv keine „Luxusartikel“ in seinen „Einkaufswagen“ gepackt hat. Im Ergebnis konnte er im Namen der SPD-Fraktion sowohl dem Haushalt 2005, als auch dem Wirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung sein Einvernehmen erteilen.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) monierte, dass der kommunalen Finanzmisere steigende Gewinne großer Konzerne, steigende Aktienkurse, wie auch Steuererleichterungen für Großunternehmen gegenüber stehen. Einen Profit können die Gemeinden hieraus jedoch nicht ziehen. Im Gegensatz zu Gemeinderätin Schuster vermochte er für die kommenden Jahre keinen Silberstreif am Horizont der Kommunalfinanzen zu erkennen. Hierfür bedürfe es einer bereits mehrfach zitierten grundlegenden Finanzreform, die in absehbarer Zeit jedoch nicht in Aussicht steht. Auf den vorliegenden Planentwurf 2005 eingehend hätte er sich hierin konkrete Daten zur Auswirkung der

Hartz-IV-Reform auf die Gemeinde gewünscht. Wie er in Folge befand, steht und fällt der diesjährige Haushalt (trotz der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen) mit den in Ansatz gebrachten Grundstückserlösen. Geld, das der Gemeinde Plankstadt faktisch noch nicht zur Verfügung steht. In diesem Zusammenhang nannte er auch evtl. weitere Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken im Gewerbegebiet „Nord-West“, die er in Anbetracht der aktuellen Konjunkturlage jedoch als eher unwahrscheinlich bezeichnete. Hinsichtlich der massiven Gewerbesteuererlöse, insbesondere des größten Plankstadter Unternehmens, gelte es, die Ursachen für diese Entwicklung zu hinterfragen. Als Grund für die sich darstellende prekäre Haushaltslage nannte Gemeinderat Hohl sowohl fremdbestimmte Faktoren, jedoch auch hausgemachte Fehler. Er verwies hier auf die, zeitgleich mit dem Bau der Seniorenwohnanlage Luisenstraße erfolgte Realisierung des Regenrückhaltebeckens Gänsweid. Dieser finanzielle Kraftakt war für die Gemeinde schlichtweg nicht zu schultern. Die GLP habe sich bereits damals gegen den Bau des Rückhaltebeckens ausgesprochen. Bürgermeister Huckele machte zum wiederholten Male deutlich, dass die Maßnahme im Gesamtentwässerungsplan gefordert und insofern notwendig war. Auf den Bau der Seniorenwohnanlage eingehend, stellte er fest, dass es sich bei der Finanzierung dieses Objekts aufgrund der Miet- und Pachteinahmen um zumindest teilrentierliche Schulden handelt. Wie Gemeinderat Hohl im Folgenden befand, dürfe die aktuelle Kassenlage nicht automatisch einen Stillstand aller kommunalen Aktivitäten nach sich ziehen. Vielmehr gelte es für Plankstadt, sich gegenüber den Nachbarkommunen als attraktive Wohngemeinde zu positionieren. Dies sei zurückliegend nicht erfolgt. Er verwies hier u. a. auf die beauftragte CIMA-Studie, die entweder gar nicht oder aber nur äußerst schleppend (wie z.B. im Falle der Neuverpachtung des ehemaligen Penny-Marktes in der Schwetzingen Straße) umgesetzt wurde. Bürgermeister Huckele stellte hierzu fest, dass sich die Gemeinde durchaus mit Nachdruck gerade um eine Neuverpachtung des Penny-Marktes bemüht hat. Die diesbezüglichen Verhandlungen gestalteten sich jedoch aufgrund der Vielzahl an Beteiligten überaus langwierig. Schlussendlich haben sich die Eigentümer vor einer noch ausstehenden Entscheidung zur Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes (CAP-Gruppe) ohne vorherige Absprache zu Gunsten eines anderen Gewerbebezuges entschieden. In Folge hielt es Gemeinderat Hohl für falsch, in eine negative Grundstimmung zu verfallen. Vielmehr gelte es, bzgl. der weiteren Mittelbewirtschaftung eine Prioritätenliste aufzustellen und diese konsequent umzusetzen. Als falsches Signal (und zugleich „Luxus im Einkaufswagen der Gemeinde“) bezeichnete er die geplante Westumfahrung Grenzhof, die die kommunale Finanzplanung mit einem Betrag von 220 TEuro belastet. Diesbezüglich informierte Bürgermeister Huckele, dass bei den Haushaltsberatungen der Stadt Heidelberg fraktionsübergreifend der Antrag auf Streichung der von der Verwaltung eingeplanten Finanzierungsmittel gestellt werden soll. Bei einer erwarteten mehrheitlichen Zustimmung wird das Enteignungsverfahren für die notwendige Fläche des Straßenausbaus eingestellt. Auf die Förderung von Umweltschutzmaßnahmen eingehend, monierte Gemeinderat Hohl die kürzlich beschlossene Streichung der diesbezüglichen Mittel. Gerade diesen Bereich gelte es aufrecht zu erhalten, da es sich hierbei um einen Standortfaktor handelt, der die Attraktivität Plankstadts steigert. Gleiches gelte für den ÖPNV, der mit der nunmehrigen Einstellung der Stadtbuslinie einen Kahlschlag erlitten habe. Hier könne beispielsweise durch die Aufnahme von Planungen zur Weiterführung der Straßenbahnlinie Eppelheim–Plankstadt-Schwetzingen entgegengesteuert werden. Bürgermeister Huckele hielt dies schon aus finanziellen Gründen nicht für angezeigt. So bezifferte er die Gesamtkosten des Projekts auf ca. 25 Mio. Euro. Allein auf die Gemeinde Plankstadt entfielen hier nach ersten Schätzungen ein Anteil von ca. 6 Mio. Euro. Im Ergebnis konnte Gemeinderat Hohl aus o. g. Gründen dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht entsprechen und lehnte diesen im Namen der GLP ab. Zustimmung signalisierte er hingegen zum Wirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung, wobei er sich eine zeitnahe Beratung zur evtl. künftigen Eigenförderung wünschte.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung entsprach das Ratsgremium der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 bei 2 Gegenstimmen der GLP dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Gemeindewasserversorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2005 mit einstimmigem Votum.

TOP Ö 7 Bekanntgaben, Anfragen

1. Zulässigkeit von privaten Tankstellen im Gewerbegebiet „Nord-West“

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) hinterfragte die Zulässigkeit von privaten Tankstellen im Gewerbegebiet „Nord-West“. BAL Boxheimer informierte, dass entsprechende Vorhaben im Rahmen eines Bauantrags unter Beteiligung der Fachbehörden des Kreises zu genehmigen sind.